



Die Debatte um bezahlbaren Wohnraum spaltet die politischen Lager und führt von Enteignungen über Mietpreisdeckel bis hin zu Neubauten.

Foto: dpa

SPD will Mietendeckel – CDU will bauen

Schäfer-Gümbel heizt mit Vorstoß Wohnungsdebatte neu an – Merkel setzt auf Investoren

Berlin/Köln. (dpa) In der Debatte um bezahlbare Mieten wird die Forderung nach einem bundesweiten Mietendeckel lauter. Nach der Linksfraktion im Bundestag sprach sich auch der kommissarische SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel dafür aus. Ziel sei, die Mieten in gefragten Wohngebieten für fünf Jahre weitgehend einzufrieren, sagte er dem *Tagesspiegel*.

Ein Mietendeckel wird derzeit für die Stadt Berlin diskutiert. Dort trieb eine Bürgerinitiative auch ein Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungskonzerne voran. „Wir brauchen den Mietpreisdeckel für ganz Deutschland“, sagte Schäfer-Gümbel der Zeitung. „Wir werden das in der Koalition in den nächsten Tagen zum Thema machen.“

Gegenstimmen aus der Koalition kamen rasch: Unionsfraktionsvize Thorsten Frei bezeichnet einen bundesweiten Mietpreisdeckel in einem Interview mit der *Badischen Zeitung* als „höchst problematisch“. Einerseits weil der Mietmarkt nicht einheitlich sei, andererseits weil er den Anreiz zum Neubau dämpfe.

Schäfer-Gümbel sieht im Mietendeckel auf Bundesebene hingegen eine Atempause. „Wir gewinnen damit Zeit, um zu bauen, zu bauen

und noch einmal zu bauen.“ Neue Stadtteile müssten entstehen und Wege gesucht werden, „wie wir Arbeit zurück aufs Land bekommen, damit Leute nicht in die Ballungsräume ziehen müssen“.

Beratung über Eckpunktepapier

In Berlin will der rot-rot-grüne Senat am Dienstag über ein Eckpunktepapier zu einem Mietendeckel beraten. Gibt er sein Okay, könnte ein Gesetzentwurf erarbeitet werden. Das Papier sieht ein Einfrieren der Mieten für fünf Jahre vor. Zu hohe Mieten sollen zudem gesenkt werden können. Das Eckpunktepapier dient zunächst nur als Vorlage. Die Berliner Senatorin für Wohnen, Katrin Lompscher (Linke), sagte dem *Spiegel*, dass sie beim Mietendeckel unterscheiden wolle „nach Gebäudealter, Zustand und Ausstattung“.

Der Frust über hohe Mieten ist vielerorts groß. Vor allem in Großstädten finden viele häufig keine bezahlbare Wohnung. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach am Freitag als Gastrednerin auf der Jahresversammlung des Deutschen Mieterbundes in Köln. Die Regie-

rungschefin hatte einen schweren Stand, das Publikum bedachte ihren knapp halbstündigen Auftritt mit eher spärlichem Applaus – aus Sicht der Interessenorganisation tun Bund und Länder zu wenig, um die Wohnungsknappheit zu lindern. Der scheidende Verbandschef Franz-Georg Rips erneuerte seine Forderung nach einem Grundrecht auf angemessenes und bezahlbares Wohnen. Er appellierte an Merkel, mehr zu tun. „Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit.“ Die Regierung müsse endlich wirksame Maßnahmen gegen die ständig steigenden Mieten ergreifen.

Zudem sprach sich Rips für eine Gesetzesänderung aus: Zu hohe Mieten sollten als Ordnungswidrigkeit geahndet werden – dann müssten Eigentümer ein Bußgeld zahlen, wenn sie es übertreiben.

Staatliche Förderung nicht ausreichend

Nach Rips bekräftigte die Bundeskanzlerin am Rednerpult, dass bezahlbarer Wohnraum hohe Priorität habe für ihre Regierung. So werde der Bund die Länder bei sozialem Wohnungsbau weiterhin unterstützen, obwohl entsprechende

finanzielle Verpflichtungen ursprünglich Ende 2019 auslaufen sollten – es gehe aber trotzdem weiter. Merkel machte zugleich deutlich, dass die Wohnungsknappheit nicht nur mit staatlicher Förderung behoben werden könne, „sondern wir müssen ein Klima schaffen, in dem gern gebaut wird“. Und weiter: „Die beste Antwort auf Wohnungsknappheit ist, neuen Wohnraum zu schaffen.“ Investoren, die ihr Geld in den Wohnungsbau steckten, müssten sich „selbstverständlich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen“, betonte Merkel. Die Industriegewerkschaft IG BCE und die Grünen kritisierten Merkel scharf. Ihnen ging ihre Rede nicht weit genug.

Neben dem Mietendeckel wird in Berlin auch die Enteignung großer Wohnungskonzerne diskutiert, damit Wohnungen bezahlbar bleiben. Eine Bürgerinitiative strebt die Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen mit mehr als 3000 Wohnungen an und will per Volksbegehren erreichen, dass der Senat ein entsprechendes Gesetz erarbeitet. Am Freitag übergaben Vertreter des Bündnisses „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ der Senatsverwaltung für Inneres 77 000 gesammelte Unterschriften.